

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde



ALFRED M. ZUMBRUNN

E-Mail: alfred@zumbunn.com

Schweiz im Irrgarten

Was wir ahnten – jetzt wissen wir es! Die EU ist bereit uns zu erpressen: Personenfreizügigkeit oder keine Zustimmung zu Schengen. Vorwürfe an die EU sind nicht angebracht: Aussenpolitik ist Machtpolitik. Wir haben dies vergessen. Bundesrat und Parlament haben uns vor wichtigen Abstimmungen in den letzten Jahren mit Beschönigungen, Halbwahrheiten und Lügen stets ausgetrickst. Um drohende Souveränitätsverluste zu verschleiern, wurden in den Verträgen Referendumsmöglichkeiten nach Ablauf von Probefristen vereinbart, wohl wissend, dass Änderungen nach Einführung der Vertragsinhalte kaum mehr möglich sind. Im Herbst kommt die Stunde der Wahrheit. Wenn wir die Personenfreizügigkeit ablehnen, kann uns die EU die Bilateralen I kündigen und Schengen verweigern. Wenn uns das Zweite noch passen würde, dürfte das Erstere wirtschaftliche Nachteile bringen. Ist das Volk noch bereit, mit Rücksicht auf die Staatsidee Schweiz auf wirtschaftliche Vorteile zu verzichten?



Das trojanische Pferd auf dem Bundesplatz, welches von den Medien mehrheitlich verschwiegen wurde. ■■

Liebe PRO LIBERTATE Mitglieder

Für Ihre Unterstützung im Abstimmungskampf danken wir bestens. Mit Ihrer Hilfe konnte unser Prospekt «Schengen – der moderne Trojaner» in 200'000 Haushalten verteilt werden. Immerhin liessen sich 45% der Stimmbürgerinnen und Bürger nicht von der 30 Millionen schweren Prokampagne überzeugen. Wir bedauern natürlich den Volksentscheid. Die Taktik des Bundesrates, das Ständemehr auszuschalten, ist aufgegangen. In Anbetracht des ungleichen Kräfteverhältnisses darf doch von einem Achtungserfolg gesprochen werden. Bundesrat, Parlament, Parteien und Medienschaffende haben dem Volk versprochen:

In dieser Ausgabe

- 2 «Ich denke, dass die jungen Leute fähig und willens sind, diese Schweiz vorwärts zu bringen»
- 4 Die Schweiz braucht einen Tournaround
- 6 Europa – Standortbestimmung 2005
- 7 Vorsicht: Fernöstliche Spionage!
- 8 Truppenbesuch in Thun
- 10 Der Fluch der bösen Tat oder Widerstand ist angezeigt
- 11 Einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips
- 12 Zusammenfassung



- Mehr innere Sicherheit
- Kein Abbau von Grenzkontrollen
- Kein Souveränitätsverlust
- Weniger Asylmissbrauch
- Mehr Touristen
- Sicherung des Bankgeheimnisses
- Kein EU-Beitritt

Die Zukunft wird zeigen, ob uns nicht Sand in die Augen gestreut wurde. Jedenfalls zeigt der Abstimmungstag, dass ein EU-Beitritt keine Chance hätte. Auch erwartet PRO LIBERTATE

vom Bundesrat, dass er die Aussenpolitik wieder auf die eigentliche Interessenwahrung und nicht auf das strategische Ziel «EU-Beitritt» ausrichtet.

Schengen entpuppte sich schon einen Tag nach der Abstimmung als trojanisches Pferd voller Überraschungen. Wie Brüssel durchblicken lässt, scheint es Schengen nur zu geben, wenn am 25. September die Ost-Personenfreizügigkeit angenommen wird. Als Schengengegner hätten wir theoretisch mit dieser Ab-

stimmung eine zweite Chance und könnten der bundesrätlichen Abstimmungstaktik eine verdiente Abfuhr erteilen. Wäre dies für unser Land dienlich?

PRO LIBERTATE wird in den folgenden Mitteilungen Befürworter und Gegner zu Wort kommen lassen und Ihnen, liebe Leser und Leserinnen, eine Plattform zur Meinungsbildung bieten.

Ami Bossard,
Präsidentin PRO LIBERTATE

2
3

«Ich denke, dass die jungen Leute fähig und willens sind, diese Schweiz vorwärts zu bringen.»



Professor Dr. Hans Geiger wurde am 19. Mai 1943 geboren. An der Universität Zürich studierte er Nationalökonomie. Von 1970 – 1996 war er bei der Schweizerischen Kreditanstalt/Credit Suisse tätig, ab 1987 als Mitglied der Generaldirektion. Seit 1997 ist er Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre am Swiss Banking Institut der Universität Zürich.

Sehr geehrter Herr Professor Geiger, Sie sind Professor am Swiss Banking Institut an der Universität Zürich und Mitglied des «Wirtschaftskomitees Personenfreizügigkeit ja – Schengen nein». Wie bewerten Sie die Schengen-Zustimmung aus staatsbürgerlicher Sicht?

Aus staatsbürgerlicher Sicht bedaure ich die Zustimmung. Die Schweiz gibt mit dem Beitritt zu Schengen/Dublin wesentliche Teile der Souveränität preis, ohne da-

für bedeutende Gegenleistungen zu erhalten. Der staatsbürgerliche Aspekt stand auch für das Wirtschaftskomitee im Vordergrund seiner Opposition gegen die Abkommen. Die ausgehandelte Regel, wonach die Schweiz neue Erlasse erst nach der Genehmigung durch Bundesrat, Parlament und allenfalls das Volk übernehmen muss, schützt die Schweiz nicht wirklich. Die Alternative zum Gehorsam ist immer nur die Kündigung des Schengen-Vertrages. Dies trifft nicht nur für neue Gesetze, sondern schon für die Auslegung und die Anwendung der bestehenden Abkommen zu. Im Falle wesentlicher Unterschiede zwischen der Rechtsprechung und Praxis des Europäischen Gerichtshofes und der Behörden der EU-Mitgliedstaaten einerseits und derjenigen der schweizerischen Gerichte und Behörden andererseits entscheidet der Gemischte Ausschuss. Passt sich die Schweiz nicht an, bleibt auch hier nur die Kündigung des ganzen Vertrags.

Und aus bankenwissenschaftlicher Sicht?

Mit dem Finanzplatz hat das Schengen-Abkommen kaum etwas zu tun. Wenn beispielsweise Bundesrat Joseph Deiss im Abstimmungskampf erklärte, «dass wir im Kern das Bankgeheimnis völkerrechtlich verankert haben»,

ist dies doppelt falsch. Über das Bankgeheimnis, das – ähnlich wie das Berufsgeheimnis der Ärzte und Anwälte – Ausdruck des Schutzes der Privatsphäre der Bürger ist, steht im Abkommen zu Schengen überhaupt nichts. Es ging dem Bundesrat bei Schengen nicht um den Schutz der hehren Privatsphäre, sondern um den Schutz der Steuerhinterziehung. Wer die Abkommen genau liest, erkennt, dass die EU unsere Rechtshilfepraxis bei Steuerhinterziehung gar nicht anerkennt, sondern lediglich zur Kenntnis genommen hat.

Der Druck auf den Finanzplatz mit seinem geschmähten, aber noch vorhandenen Wettbewerbsvorteil «Bankgeheimnis» wird also zunehmen?

Der Druck von Seiten der EU-Länder wird mit oder ohne Schengen zunehmen. Darüber haben die Chefs unserer Nachbarländer nie den geringsten Zweifel gelassen. Aus den oben (bei der Souveränität) genannten Gründen ist aber die Durchsetzungskraft der Schweiz mit Schengen schwächer als ohne. Auf jeden Fall müssen unsere Banken so gut sein, dass sie ihre erstklassige Position auch ohne den besonderen Schutz des Bankgeheimnisses halten können. Die Fähigkeiten hierzu sind durchaus vorhanden.

Wird ein Regierungswechsel in Deutschland, also eine CDU-geführte Regierung, der Schweiz nicht Entlastung bringen?

Das bleibt abzuwarten. Persönlich glaube ich dies nicht. Ich nehme nicht an, dass eine andere Regierung mehr Respekt vor der Privatsphäre ihrer Bürger haben wird, und das Verständnis für Steuerhinterziehung dürfte auch nicht grösser werden.

Könnte man sagen, dass «unsere» bankenfeindliche Linke ein willkommenes Verbündeter der ausländischen Finanz- und Bankenplätze ist, die aus Konkurrenzgründen gegen unser Land agieren?

Da bin ich nicht so sicher. Wenn die Linke traditionell eher die Interessen der industriellen Arbeiterschaft als diejenige der Bankangestellten vertreten hat, so hat sich hier in den letzten Jahren wohl einiges geändert. Unsere Linke ist sicher nicht gegen Arbeitsplätze in der Schweiz und für Arbeitsplätze in London oder Frankfurt. Zudem gibt es durchaus Gemeinschaftliches zwischen dem Persönlichkeitsschutz, für den sich die liberale Linke einsetzt, und dem Persönlichkeitsschutz, wie ihn das Bankengesetz stipuliert. Zudem ist die Gefährdung eines Systems durch seine Anhänger manchmal grösser als durch seine Gegner.

Ist für Sie der EU-Beitritt eine mittel- bis langfristige Option für die Schweiz?

Bei der heutigen EU sicher nicht. Und auch nicht bei einer EU, wie sie der EU-Verfassungsentwurf vorsieht. Aber die EU wird in einigen Jahren wahrscheinlich sehr anders aussehen als heute. Wie, ist schwer zu sagen. Die Schweiz ist bestimmt nicht anti-europäisch, auf eine Art ist sie das europäischste Land weitherum. Da gäbe es manche gute Option. Eine «englische EU» beispielsweise, die sich als liberalen Wirtschaftsraum verstünde, wäre für die Schweiz attraktiv.

Das Wachstum in der Schweiz kommt nicht vom Fleck. Widerspiegelt eigentlich dieses in Prozenten dargestellte Wirtschaftswachstum den tatsächlichen Zustand unserer Wirtschaft?

Ob die berechneten und ausgewiesenen Zahlen ganz genau die

Wirklichkeit wiedergeben, ist in der Tat fraglich. Würden wir unsere Statistiken nach amerikanischen Methoden erstellen, sähen die Ergebnisse etwas besser aus. Aber gut wären die Wachstumswahlen auch dann nicht. Wir haben schon eine reale Wachstumsschwäche, allerdings auf einem hohen Wohlstandsniveau.

Wo liegen die Hauptursachen?

Es gibt drei Hauptursachen. Die eine liegt bei unseren grössten ausländischen Absatzmärkten, und die liegen in Europa, insbesondere in Deutschland. Wenn die deutsche Wirtschaft stottert, dann ist der schweizerische Motor nicht leicht in Schwung zu halten. Die zweite Ursache ist hausgemacht. Unsere international und auf Export ausgerichteten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sind sehr wettbewerbs- und wachstumsfähig. Daneben haben wir aber in der Schweiz einen wenig wettbewerbsfähigen und wachstumsschwachen Inlandsektor, der durch Liberalisierung bedeutende Impulse erhalten würde. Der dritte Grund liegt in der steigenden Staatsquote, die strukturell und langfristig den Wettbewerb und das Wachstum behindert.

Würde ein EU-Beitritt die Wirtschaftspolitik nicht ankurbeln, weil unsere Politik offenbar nicht in der Lage ist, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen?

Es ist eine schlechte Tradition vieler europäischer Länder, den Schwarzpeter für schmerzhaftes Liberalisierungsmassnahmen der EU anzuhängen. Dass dieses unfaire Spiel auf die EU zurückfallen wird, hat gerade eben die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich gezeigt. In anderen EU-Ländern ist das Schwarzpeterspiel nicht weniger ausgeprägt, aber weniger sichtbar, weil es die Regierungen nicht wagen, dem Volk so wichtige Fragen wie die EU-Verfassung vorzulegen. In Tat und Wahrheit könnte die EU für ein allfälliges EU-Land Schweiz keine günstigeren Rahmenbedingungen schaffen, die wir nicht auch aus eigener Kraft und ohne EU-Beitritt haben können. Die Frage ist, ob wir die Kraft haben und ob wir wollen. Ich denke, die Antwort auf beide Fragen lautet ja.

Sie haben sich für ein Schengen-Nein engagiert. Warum sagen Sie ja zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten?

Es gibt zwei zentrale Gründe für meine Unterstützung der Personenfreizügigkeit: Erstens wäre es unfair, die Freizügigkeit, die wir mit den alten EU-Ländern vereinbart haben, nicht auf die neuen auszudehnen. Mir gefällt als liberalem Menschen die Beweglichkeit, wie diese Länder wirtschaftspolitisch agieren. Viele der neuen Beitrittsländer können für uns – ähnlich wie auch Irland – als wirtschaftspolitische Vorbilder dienen. Zweitens glaube ich, dass die Freizügigkeit den Wirtschaftsstandort Schweiz stärkt. Unser Land wird von der Öffnung des Arbeitsmarkts profitieren und wieder wachsen. Aber es ist nicht zu leugnen, dass es in der Schweiz auch Verlierer geben wird. Das betrifft vorab beruflich schlecht qualifizierte Leute und solche mit einer tiefen Arbeitsmoral. Bei sozial schwächeren Menschen erwarte ich von den Unternehmern soziales Handeln und vom Schweizervolk Solidarität. Das können wir uns leisten.

Als Professor sind Sie u.a. auch Vorbild für Ihre Studenten. Was geben Sie Ihren Studenten mit auf den Weg, wenn es darum geht, die Schweiz vorwärts zu bringen?

Ich erlebe viele meiner Studentinnen und Studenten als lern- und leistungswillige junge Leute. Sie kennen den Wert und die Schönheit unseres Landes und unserer Institutionen. Ich denke, dass die jungen Leute fähig und willens sind, diese Schweiz vorwärts zu bringen. So gesehen scheint es mir eigentlich nicht nötig, besondere Vorbildfunktionen zu entwickeln. Wenn die Studierenden meiner Freude am sportlichen Wettbewerb und meinem grundsätzlichen Optimismus etwas abgewinnen können, dann freue ich mich natürlich schon darüber.

Sehr geehrter Herr Professor Geiger, besten Dank für das Gespräch.

Mit Professor Dr. Hans Geiger sprach Ami Bossard,
bossard@prolibertate.ch

Die Schweiz braucht einen Turnaround

4
5

City-State statt Annäherung an die EU

Das Hauptproblem der Schweiz war und ist nicht Schengen. Dieses Thema ist nicht viel mehr als eine Episode in einer Reihe von Entwicklungen, die der Autor des folgenden Artikels äusserst kritisch beurteilt. Im Gegenzug entwirft er die Vision einer global orientierten, urban organisierten und liberal ausgerichteten Schweiz («City-State») als Alternative zur weiteren Annäherung an die EU.

VON KONRAD HUMMLER*

Nach der Schengen-Abstimmung gilt es, sich neu zu formieren. Denn die nächste Volksabstimmung, für die Wirtschaft viel wichtiger als das Assoziationsabkommen Schengen/Dublin, wird den Nationalkonservativen Sukkurs aus der Gewerkschaftsbasis bringen, während der schengenkritische Teil der Wirtschaft zum Lager der Befürworter der Personenfreizügigkeit stossen sollte.

Zu EU-freundlicher Bundesrat

Der von vielen dramatisierte Zufluss an billigen Arbeitskräften aus den Ländern der EU-Osterweiterung wird sich in so geringem Rahmen halten, dass deswegen eine Gefährdung der Gesamtbeziehungen der Schweiz zur EU völlig deplaciert wäre. Zudem würde unser Land bei einer Ablehnung der Personenfreizügigkeit seine Freundschaft zu jenem Teil Europas aufs Spiel setzen, der am meisten wächst und die freiesten Strukturen aufweist. Diesen Argumenten stehen jedoch die nach dem Ja zu Schengen erst recht vorhandenen Bedenken einer allzu EU-freundlichen Strategie des Bundesrats entgegen.

Will man die EU-Skeptiker im September zu einem überzeugten Ja bewegen, so braucht es dringend eine klärende Auseinandersetzung, wie es europapolitisch weitergehen soll. Was gibt es an Restanzen nach Schengen und nach der Personenfreizügigkeit im Bereich der bilateralen Regelungsmöglichkeiten, was wären darüber hinaus mögliche weitere Schritte? Im Rahmen der jüngsten Abstimmungsdebatte kam von Behördenseite immer zum Aus-

druck, dass die Verhandlungen über, beispielsweise, eine Zollunion mit der EU «völlig ausgeschlossen» seien. Schengen sei geradezu das ideale Mittel, damit man eine Union oder gar den EU-Beitritt nicht vollziehen müsse.

Was kommt nach Schengen?

Ganz abgesehen davon, dass die negative Kausalität zwischen Schengen und weiter gehenden Integrationsschritten nicht nachzuvollziehen ist, stellt sich generell die Frage: Wer würde die weiter gehende Annäherung an die EU denn nicht wollen? Der Bundesrat? Laut Bundesrätin Calmy-Rey stellt der EU-Beitritt der Schweiz ein langfristiges Ziel der Aussenpolitik dar, und Äusserungen anderer Bundesräte ähnlicher Couleur tönen ähnlich. Die Bundesverwaltung? Laut der Bundeskanzlerin sind zwei Drittel der Chefbeamten der Bundesverwaltung für einen EU-Beitritt. Die Kantone? Zwölf Kantonsregierungen haben sich für einen EU-Beitritt ausgesprochen.

Das Volk? Hier liegt die wirkliche Crux. Für mich steht ausser Zweifel, dass durch jede zusätzliche Harmonisierung mit der EU dem physischen Drang in den EU-Binnenmarkt immer weniger Hindernisse entgegengestellt werden können. Isoliert betrachtet wäre möglicherweise einer Zollunion mit der EU auch sonst nicht allzu viel entgegenzusetzen. Die Schweizer Wirtschaft könnte sich wohl auch mit dem Regime einer EU-Handelspolitik arrangieren.

Doch der Apfel der Versuchung ist ohne die Nachteile des «Nicht-Paradieses» EU kaum zu haben. Und genau vor dieser Wahl zwi-

schen kleinen individuellen Konsumvorteilen der Schweizer und den gravierenden übrigen Folgen einer weiteren Annäherung an die EU graut mir. Schon die Schengen-Debatte war von solchen Asymmetrien geprägt. Eine Auseinandersetzung um die Zollunion wäre noch viel fataler.

Es steht ausser Zweifel, dass die Schweiz innerhalb dieses ökonomisch schwach fundierten, hochkomplexen und bürgerfern-technokratischen Gebildes der EU nur nominale Überlebenschancen hätte. Ihre Strukturen würden zwar weiterexistieren, etwa im Sinne Bayerns oder der Bretagne, aber die Substanz ginge verloren. Mit Mitwirkungsrechten könnte dem Harmonisierungsdruck auf Dauer nicht standgehalten werden. Langfristige Zielsetzungen würden den kurzfristigen und auf Machtgewinn ausgerichteten Interessen und Loyalitäten der Behörden geopfert werden.

Vision «Melting Pot»

Gibt es denn Alternativen zur Selbstaufgabe der Schweiz? Gewiss sind Lösungen nicht in einer nationalkonservativen Rückwärts-gewandtheit und einem anachronistischen Verständnis von Neutralität zu suchen. Vielmehr liegt doch von ihrer exportorientierten Tradition her und mit Blick auf den äusserst erfolgreichen Finanzplatz und das hohe Potenzial im touristischen Bereich eine dezidiert globale Ausrichtung der Schweiz viel näher als das Aufgehen im Flächenstaat EU. Steuerliche Vorteile allein können nicht der Grund dafür sein, dass multinational tätige Firmen ihren Standort in der Schweiz suchen. Bis hin zu kleinen und mittleren Fir-

men hat in den letzten Jahren eine Hinwendung zu den neuen Märkten in Asien stattgefunden. Täglich müssen Schweizer Unternehmer ihre Wettbewerbsfähigkeit auf globalem Niveau beweisen. Damit sie es können, sind sie aber auf Rahmenbedingungen angewiesen, die sich nicht an den Bedürfnissen eines Finanzministers Eichel oder an den expansionistischen Gelüsten eines Aussenministers Fischer orientieren. Die Vision für die Schweiz wäre also eine Mischung aus Hongkong, Singapur und New York zugleich, ein City-State, der sich, wie seine Vorbilder, an ein «Mainland» anlehnt, pragmatisch, aber eigenständig mit den Machtzentren in Brüssel und anderswo verhandelt, wo nötig Kompromisse eingeht, aber sich von einer Strategie hoher Selbständigkeit leiten lässt. Melting Pot für Menschen aus aller Welt, angezogen durch eine eigenständige, global ausgerichtete Einwanderungspolitik. Idealer Standort für Firmen, die im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, staatliche Krücken ablehnen und mit mässiger Besteuerung rechnen können. Arbeitsplatz für Leute, die ihr Heil in der eigenen Produktivität suchen. Urbane, bestens erschlossene Regionen mit einem schönen Hinterland in den Alpen. Verlässlicher Rechtsstaat, der voraussehbare Resultate sowohl in zivilrechtlichen Fragen (als Alternative zur bedrohlichen angelsächsischen Praxis) als auch im verwaltungs- und strafrechtlichen Bereich (Amts- und Rechtshilfe!) produziert – dies als valable Weiterentwicklungsmöglichkeit des Bankgeheimnisses.

Umfassendes Versagen der Politik

Der Verwirklichung dieser Vision steht allerdings die real existierende grosse Koalition von Subventionsbezügern und Strukturkonservativen entgegen. Kräfte mit dem Willen zur eigenständigen Lösung von Problemen fehlen weitestgehend, und als Folge davon produzieren Bundesrat und Verwaltung völlig inakzeptable Resultate:

- Unfähigkeit zur Sanierung der öffentlichen Haushalte;
- Nur marginale Verbesserungen der Unternehmensbesteuerung
- Unfähigkeit zur Bewältigung der demographischen Herausforderung bei der Altersvorsorge

- Teuerste Variante des Alpentransits bei völlig ungenügender Überwälzung der Kosten
- Versagen in der Luftverkehrspolitik; Verscherbeln der Swissair
- Pulverisierung der Goldreserven der Nationalbank mit staatsquotenerhöhendem Effekt
- Gefährdung des bisher einigermaßen liberalen Arbeitsmarktes durch die «flankierenden Massnahmen» bei der Personenfreizügigkeit.

Es kommt nicht von ungefähr, dass sich die Selbstaufgabe im Flächenstaat EU bei Bundesrat und Verwaltung einer derartigen Beliebtheit erfreut. Es handelt sich um die zweit-schlechteste Variante, schlechter ist nur noch der rückwärts gewandte Alleingang. Tragischerweise haben sich FDP und CVP sowie Economiesuisse bisher nicht zur Formulierung einer Weltintegrationspolitik durchringen können. Mutlosigkeit kennzeichnet das Klima bis in unternehmerische Kreise hinein. Weil Reformen aus eigener Kraft nicht möglich seien, müsse man halt Anlehnung suchen. Und weil dafür derzeit nur ein denkbarer Partner zur Verfügung steht, gibt man sich EU-freundlich – insgeheim wohl wissend, dass man damit für viel Staat, viel Umverteilung und wenig Freiheit votiert.

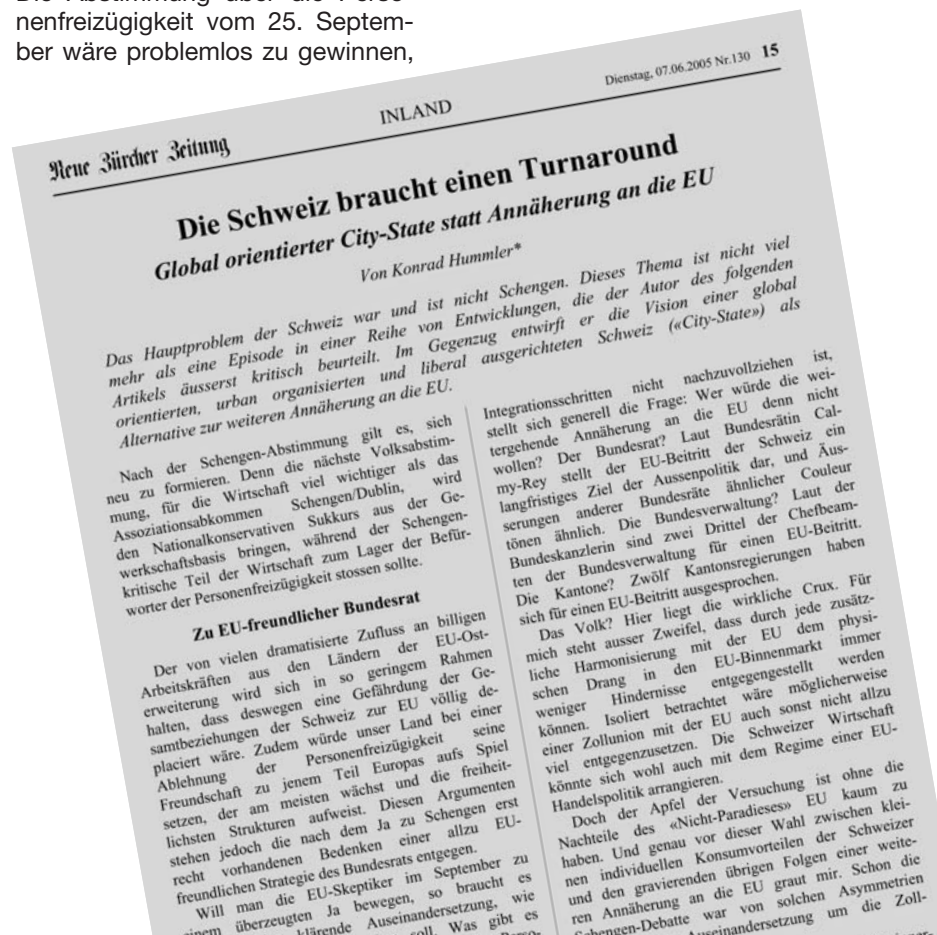
So wenig Europa wie möglich

Die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit vom 25. September wäre problemlos zu gewinnen,

wenn sich unser Land mit einem grossen Ruck der Selbstüberwindung von der «zweitschlechtesten Lösung» abwenden würde. Die Schweiz braucht einen Turnaround. Denn nebst aller Notwendigkeit zur Gestaltung der Aussenverhältnisse sind es primär innenpolitische Aufgaben, die dringend gelöst werden müssen. Der skizzierte City-State hat im globalen Wettbewerb nur Überlebenschancen, wenn er schlank ist, lösungsorientiert und effizient arbeitet, Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten generiert und sich selber «verkaufen» will. Da sind wir natürlich weit davon entfernt. Die Alternative zur weitergehenden Annäherung an die EU ist aber dermassen überlegen, dass uns das Ausmass an Arbeit nicht davon abhalten darf.

Unsere Zukunft heisst: So viel Europa wie nötig, so wenig wie möglich, dafür aber denkbar grösste Offenheit gegenüber der ganzen Welt; so viel Freihandel, wie nur irgendwie zu erreichen ist, keinerlei selbst aufgestellte Handelshemmnisse, so wenig Regulierung, wie man es gerade noch verantworten kann, so viel Unternehmerfreundlichkeit, dass Firmengründungen und Börsengänge zur Haupteigenschaft unserer Wirtschaft werden. Dann wird sich Wachstum einstellen, und so wird unser Wohlstand immer wieder neu verdient werden können.

*Der Autor ist geschäftsführender Teilhaber der Privatbank Wegelin, Mitglied des Verwaltungsrates der NZZ und Mitglied des Wirtschaftskomitees «Personenfreizügigkeit ja – Schengen nein».



- EUROPA -

Standortbestimmung 2005

6
7

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

«Europa zu zentralisieren und es zu einem Block zu verschmelzen, wäre nichts anderes als ein Verrat an Europa und am europäischen Erbe – ein Verrat, der dadurch nur noch verschlimmert würde, dass er im Namen Europas ausgeführt wird.» (Wilhelm Röpke, deutscher Philosoph, 1899-1966)

Die Schweiz ist dem Schengener Abkommen beigetreten: Das war – jedenfalls in der Schweiz – Balsam auf die Wunden der stark angeschlagenen Berufseuropäer in der Politik, den Medien, der Verwaltung und an den Universitäten. Nachdem Frankreich und Holland die EU-Verfassung bachab schickten, drohte der Nebel vom vereinigten Europa langsam der Realität zu weichen. Wie beruhigend war da die Annäherung der Schweiz an Europa mit dem Schengen-Beitritt, so dass die angesprochenen Berufseuropäer wieder ruhig ins Denk-Koma zurückfallen und weiter von ihrem Europa träumen können.

Doch während wir uns fleissig bei der EU anbieten und im September mit der Personenfreizügigkeit wohl weiter anbieten werden, beginnt diese langsam aber sicher zu bröckeln. Die EU-Verfassung droht zum Fiasko und zur grössten Niederlage der EU in ihrer Geschichte zu werden. Frankreich und Holland haben das ihre bereits dazu beigetragen. Dänemark und Polen könnten folgen und in Grossbritannien stimmt man erst gar nicht mehr ab. In Italien denkt man laut über die Wiedereinführung der Lira nach. Tschechiens Präsident Vaclav Klaus geisselt regelmässig den Mangel an Demokratie in der EU.

Gewiss haben gerade in Frankreich und Holland auch innenpolitische Gründe bei der Ablehnung der EU-Verfassung mitgespielt. Die latente EU-Skepsis geht jedoch tiefer: Der Geist der Europäischen Integration geht massgeblich auf den Franzosen Jean Monnet zurück. Dieser hat sich die Überwindung der Nationalstaaten zum Lebenszweck gemacht. Da er aber um die phänomenale

innenpolitische Integrationskraft des Nationalbewusstseins wusste, musste eine Europäisierung schrittweise, am Bewusstsein der Öffentlichkeit vorbei, mit allerhand Paragraphen und Richtlinien geschehen. Fatalismus war das Stichwort, mit Herzblut würde kein Bürger für die europäische Sache kämpfen. Europa sollte eine Domäne der Eliten sein. Geradezu penetrant muten deshalb die gelegentlich unternommenen, hoffnungslosen Versuche der EU an, mit billigem Antiamerikanismus die Völker Europas zusammenzuschweissen.

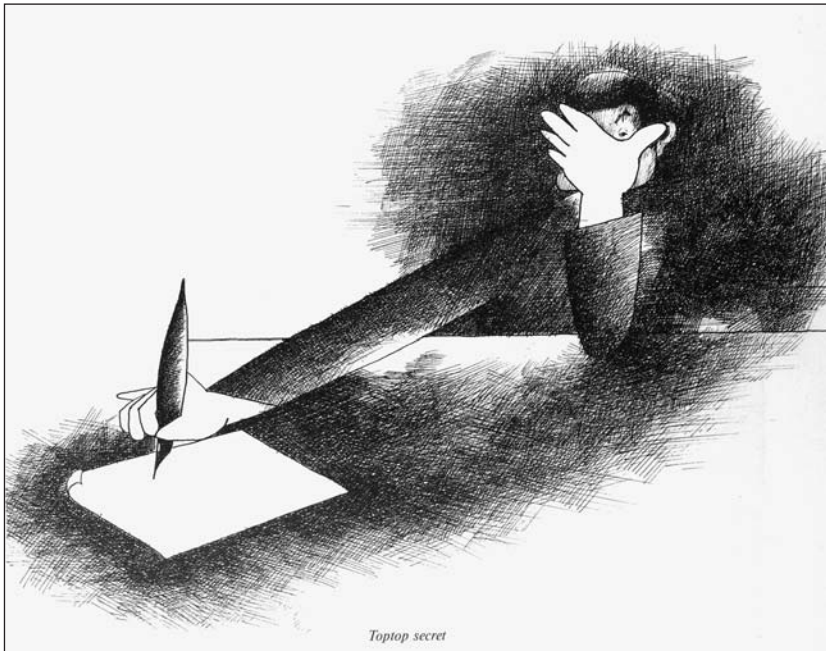
Die Folgen dieser Politik werden heute langsam sichtbar. Bei den Abstimmungen in Frankreich und Holland waren es nicht die Eliten, sondern einzig der Souverän, das Volk, das über Europa zu befinden hatte; und das Verdikt war deutlich: Es gibt keine europäische Identität. Auf dem Papier lässt sich eben noch keine Identität kreieren. Ein Wir-Gefühl ist vielmehr das Ergebnis eines nicht planbaren, geschichtlichen Prozesses.

Die fehlende europäische Identität ist jedoch nicht ein Problem, sie ist vielmehr das Heilmittel, das die EU-Funktionäre in ihrem Internationalisierungswahn bremst. Denn wodurch hat sich Europa denn eigentlich zu einem Kontinent entwickelt, in dem die Bürger in Freiheit und Wohlstand leben dürfen? Es ist der Wettbewerb, die Konkurrenz verschiedener Ideen und Staatsformen. Es ist gerade die Vielfältigkeit, welche Europa ausmacht. Das Privateigentum als Grundvoraussetzung der liberalen Gesellschaft konnte sich nur deshalb entwickeln, weil die Fürsten, Aristokraten und Könige in Europa im ständigen Wettbewerb miteinander gestanden haben und so der Bevölkerung gewisse Rechte zugestehen mussten. Europa zu zentralisieren, heisst deshalb nichts anderes, als die europäische Idee selbst zu zerstören. Neben der mangelnden europäischen Identität steht die EU heute zudem noch vor weiteren Problemen. Die steigende Abgabelast und Bevormundung der Bürger, etwa in der Verbraucherpolitik oder bezüg-

lich Vertragsfreiheit, würgt zunehmend jegliche Leistungskraft und Selbstverantwortung ab. Aussenpolitisch ist die EU nach wie vor völlig handlungsunfähig. Im Balkankonflikt mussten die USA einspringen, nachdem die Versuche der EU, die Region zu stabilisieren, kläglich gescheitert waren. Im Irakkrieg war die EU unfähig, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Der Visa-Skandal in Deutschland zeigt zudem die Schwächen eines Systems der kollektiven Sicherheit auf: Ein System ist immer nur so gut wie das schwächste Glied in ihm. In diesem Fall muss nun ganz Europa die Fahrlässigkeit der deutschen Behörden ausbaden.

Noch gewichtiger sind die Herausforderungen der Osterweiterung: Nach der Vereinigungseuphorie erkennt man langsam deren effektive Folgen. Die Agrarsubventionen, bereits heute der grösste Ausgabenposten der EU, werden um ein Vielfaches ansteigen, da die neuen EU-Mitglieder vielfach noch über einen grossen Agrarsektor verfügen. Ein Türkeibeitritt schliesslich würde der EU definitiv das Genick brechen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Völker Europas langsam genug von einem europäischen Superstaat haben. Stattdessen sollte die EU wieder zu einer Freihandelszone werden, in der die nationalen Eigenheiten und Grenzen respektiert werden. Denn nur der Freihandel, und nicht die politische Integration, ist ein Garant für Frieden. Eine solche Rückbesinnung würde jedoch das Ende all der Illusionen von Überwindung des Nationalstaates bedeuten. Für EU-Kommissare, Beamte, Dozenten an Europainstituten oder andere Berufseuropäer, die ihr Geld mit einer «politischen» EU verdienen, würde dies gar das Ende ihrer Existenzgrundlage bedeuten. Die Berufseuropäer in Brüssel und anderswo werden also weiterhin einen europäischen Superstaat anstreben, bis zum Fiasko.



VORSICHT: Fernöstliche Spionage!

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Dass die Spionage der VR China und die Nord-Koreas auch Mitteleuropa nicht verschont, ist seit etlichen Jahren bekannt, doch gerade in jüngster Zeit sind verstärkte Aktivitäten zu spüren. Anfang Mai dieses Jahres wurde die 22-jährige chinesische Praktikantin LI-Li Whuang beim Autozulieferer Valeo (in der Nähe von Paris) verhaftet; sie entwendete geheime Informationen über Prototypen und Konstruktionspläne von Autoteilen. Kurz zuvor hatte ein Ex-Mitarbeiter der deutschen Rüstungsfirma Dynamit Nobel einem Agentenführer der Pekingbotschaft Unterlagen von sensiblen Entwicklungsstudien über neuartige Munition übergeben, bald danach war er festgenommen worden.

Primäre Absicht der Spionage Chinas ist es, weltweit Informationen aus den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft sowie Wissenschaft und technologische Entwicklung zu erlangen und so den Abstand des Riesenlandes zu den führenden Industriestaaten des Westens möglichst schnell zu verringern. Ein anderes Ziel stellen Oppositionsbestrebungen im Ausland dar, die Anhänger der Demokratie-Bewegung, der Falun Gong-Sekte sowie Gruppierungen aus Taiwan, Sinkiang

und Tibet. Durchgeführt wird dies alles vom Ministerium für Staatssicherheit («Guojia Anquanbu») als allgemeiner Spionagedienst sowie von der 2. Hauptverwaltung des Armeegeneralstabes («Quibaobu») als militärischer Nachrichtendienst.

Für ihre operativen Möglichkeiten im Ausland benutzen sie in erster Linie die amtlichen und halbamtlichen Vertretungen Chinas (Botschaften, Konsulate), in denen die Geheimdienst-Offiziere – äusserlich als Diplomaten oder Attachés getarnt – arbeiten. Der Diplomatenschutz schützt sie nicht nur vor möglicher Strafverfolgung, sondern erleichtert ihnen auch die Aufnahme von Verbindungen. Eine besondere Aufgabe ist es dabei, für sie wichtige Zielpersonen kennenzulernen, eine aus dem Gedanken einer persönlichen Freundschaft resultierende verpflichtende Beziehung herzustellen und letztlich möglichst vertrauliche Informationen zu erlangen – die wahren Hintergründe bleiben zumeist sehr lange im Dunkeln. Die eigentliche Anwerbung zur aktiven Spionage erfolgt nicht selten bei einer Einladung nach Peking. Typisch für die langfristig angelegte und psychologisch einfühlsame Vorgehensweise sind die vor wenigen Jahren erfolgten Einladungen des Inhabers eines High-Tech-Unternehmens in Baden-

Württemberg als Referent zu Vorträgen nach Peking, wo ihm hochrangige Funktionäre hofierten und man ihm schliesslich sogar eine Professur an einer renommierten chinesischen Universität anbot. Das wahre Interesse indes galt einer seiner Entwicklungen im Bereich der Raketentechnik!

Ebenso werden hier akkreditierte Journalisten aus Peking sowie die Niederlassungen chinesischer Handelsunternehmen und zunehmend Joint-Venture-Firmengründungen zur Spionage eingesetzt – sind sie doch eine gute Plattform, durch ein Kaschieren ihrer offiziellen Funktion den eigentlichen Aufträgen nachzugehen. Bekannt ist in vielen Fällen, dass die an mitteleuropäischen Universitäten arbeitenden Studenten, Stipendiaten und Austausch-Wissenschaftler aus China regelmässig zu ihrer Botschaft vorgeladen und dort nachrichtendienstlich ausgefragt werden. Auch in der Schweiz gibt es China-Restaurants, die kaum Gäste haben, trotzdem jahrelang existieren können...

«Gäste» aus Pjöngjang

Nord-Koreas Spionage wird primär vom Staatsschutz-Ministerium («Kukka Bowi Bu») betrieben, das sich ebenfalls in Europa weiterhin um die Anwerbung von Agenten für einen Einsatz gegen Süd-Korea bemüht. Dazu werden die Botschaften eingesetzt, in Österreich wohl auch die dortige, einzige in Europa etablierte Filiale der Staatsbank Pjöngjangs. Erstes Ziel des militärischen Spionagedienstes ist unvermindert der Ankauf sensibler, für das nordkoreanische Rüstungs- und Proliferationsprogramm bestimmter Güter – in jüngster Zeit waren es besonders Computer und Kommunikationsgüter. Angesichts der europäischen Kontrollmassnahmen versucht Pjöngjang neuerdings, derartige Ausfahrten über die VR China oder via Singapur abzuwickeln; nicht selten werden nordkoreanische Tarnfirmen in Peking angegeben. Als Transitland wird die Schweiz zumindest tangiert. Schon vor Jahren warnte der Staatsschutz-Bericht des Polizeidepartements in Bern, Reisende aus Nord-Korea versuchten, mit falschen Pässen die Visumpflicht zu umgehen. Oft verfügten sie «über bedeutende Geldmittel» und es bestünde der Verdacht, durch Liegenschaftskäufe in der Schweiz «Strukturen für eine Spionagetätigkeit aufzubauen».



Truppen



Oberstleutnant i Gst Rial vom MAZ.



Die PL-Präsidentin mit Oberst i Gst Schori, Kommandant Panzer RS 21



Jung und Alt war in Thun!



Der Brückenpanzer ermöglicht die «Weiterfahrt» der Kampfpanzer!

Das PRO-LIBERTATE-Präsidium (Ami Bossard und Max Gerber) vor dem neuen Kampfschützenpanzer 2000.



besuch

in Thun

Rund 90 PRO-LIBERTATE-Mitglieder, jung und alt, trafen sich am 3. Juni 2005 in Thun auf dem grössten und modernsten Waffenplatz der Schweizer Armee. Das Interesse der Bürger und Bürgerinnen an ihrer Armee ist also nach wie vor da. Und wenn die Armee-Verantwortlichen ein perfektes Programm wie in Thun bieten, dann ist die Welt wenigstens bei der Truppe noch in Ordnung. Sicher in bester Erinnerung bleiben die sachkundigen, aber humorvollen Präsentationen von Adjutant Martignoni.

Am Vormittag hatten die Besucher die Möglichkeit, das Mechanisierte Ausbildungszentrum MAZ zu besuchen. Im MAZ erhalten die Panzerbesatzungen die Grundausbildung (Fahren, Schiessen), damit sie in ihren WK's die Fahrzeuge beherrschen. Andererseits treffen sich die Kader der Panzertruppen bis Stufe Bataillon regelmässig zu taktischen Aus- und Weiterbildungskursen. Das Gros der Ausbildung basiert auf computergestützter Simulation, wobei es sich nicht um «coole» Kriegsspiele «Mensch gegen Computer» handelt. Denn auch die gegnerische Seite wird von «Menschen gespielt», der Computer sorgt u.a. für eine konsequente Übungsauswertung und für Echt-Zeit-Verhältnisse (ein Nicht-Treffer ist tatsächlich eine Null/eine Verschiebung von einer Stunde dauert tatsächlich eine Stunde...). Die Simulationen lassen auch die Übung des Kampfes der verbundenen Waffen zu (Panzer, Artillerie, Grenadiere, Genie, Flab, Luftwaffe usw.). Zudem werden Kosten eingespart: Es braucht keine Fahrzeuge mit Besatzungen (Diensttage), keinen Treibstoff, es entstehen keine Landschaften usw. Auch die Kader können gezielt für die Übungen aufgebildet werden, Diensttage für «Einrichten» und «Abbauen» entfallen. Ein weiterer Aspekt ist die mangelnde Bereitschaft aller Beteiligten in unserem Land, solche ausgedehnte Übungen in der «Landschaft» fahren zu lassen (Naturschutz, Landwirtschaft, Verkehr, Lärm...).

Mit dem MAZ in Thun verfügt die Schweiz über eines der modernsten Ausbildungszentren für mechanisierte Verbände in Europa. Nicht umsonst stehen ausländische Armeen Schlange für Ausbildungstage in Thun. Der Nachmittag zeigte den Ausbildungsstand der Panzerrekruten nach der 11. RS-Woche. Es ist immer wieder beeindruckend, wie junge Bürgerinnen (!) und Bürger nach so kurzer Zeit ihre Fahrzeuge beherrschen (Leopard, Schützenpanzer, Brückenpanzer, Aufklärungsfahrzeuge).

Mit grosser Genugtuung durfte die PRO-LIBERTATE-Besucherguppe feststellen, dass die Kommandanten nicht nur sehr kompetent sind, sondern auch über das notwendige «Feu sacré» verfügen. Die entsprechenden Einführungsreferate von Oberstleutnant i Gst Krasnobaieff, Kommandant MAZ, seinem Stellvertreter Oberstleutnant i Gst Rial und Oberst i Gst Schori, Kommandant Panzerrekrutenschule 21, waren überzeugend. An diesen Leuten liegt es nicht, wenn die Armee heute in Schieflage ist. Es fehlt an der Politik – und da ist ja bekanntlich die Welt überhaupt nicht in Ordnung! Und da wären wir Bürger und eben auch PRO LIBERTATE wieder auf den Plan gerufen: Wahlen, Abstimmungen. Oberst Schori meinte: «Mit ihrem Engagement zugunsten der Armee tun Sie viel für uns, verzichten Sie deshalb auf eine Geldspende in unsere Kompaniekassen. Wenn ich das Leuchten in den Augen Ihrer Mitglieder sehe, dann habe ich keine Angst für unsere Armee!»

Werner Gartenmann, ehem. Präsident PRO LIBERTATE



Adjutant Martignoni «lehrt» die PL-Mitglieder im Leo-Turm «laden».



Der Fluch der bösen Tat oder Widerstand ist angezeigt

10
11



DOMINIQUE BRUNNER,
PUBLIZIST, OBERST I GST A.D.*

Ich hatte Gelegenheit an dieser Stelle im letzten September («Was ist eigentlich los mit der Armee – oder mit ihrer Führung?»), Schlimmes ahnend, zu schreiben: «Es muss, dieser Eindruck drängt sich auf, Gravierendes passiert sein, wenn der zuständige Departementschef plötzlich eine Debatte über die allgemeine Wehrpflicht und damit die Milizarmee vom Zaun bricht... Es gibt a priori keinen Grund, eine erregte Diskussion über unsere Wehrform höchstinstanzlich loszutreten. Denn seit zwanzig Jahren reisst die Debatte über verschiedene Aspekte der Landesverteidigung nicht ab...». Denn in der Tat: seit 1987 hat der Souverän ganze elfmal an der Urne über wichtige Aspekte der Verteidigung des Landes entschieden, sogar zweimal über die Existenz der Armee, immer im Sinn von Sicherheitspolitik und Armee. Fügen wir bei, dass das in den entscheidenden Fragen immer mit aller Eindeutigkeit geschah.

Wir haben jetzt die Antwort schwarz auf weiss: der zuständige Bundesrat ergriff vor rund einem Jahr die Flucht nach vorn angesichts des sowohl fantasielosen wie fährlässigen Bestrebens des Bundesrates und erheblicher Teile des Parlamentes, mehr als 15 Jahre lang die Militärausgaben systematisch zu senken zur Kompensierung des enormen Wachstums der zivilen Sektoren der Bundestätigkeit. Dabei hatte ein früherer Chef des Militärs, Villiger, bevor er Finanzminister wurde, 1994 klar gewarnt: «Das EMD hat als denn auch als einziges Departement den Trendbruch vom Wachstum, die Degression, vollzogen... Aufaddiert leistet das EMD

einen jährlichen Kürzungsbeitrag in der Grössenordnung von mehr als einer Milliarde Franken. Die Bundesdefizite sind mittlerweile grösser als die gesamten Militärausgaben. Das heisst: Wenn man die Wachstumsraten nicht in den Griff bekommt, nützen Abstriche in stabilisierten Bereichen wie dem EMD auf die Dauer nichts» (in «Armee 95 – Chance für die Milizarmee?»).

Der Bundesrat hat im Herbst das VBS aufgefordert, vorzuschlagen, was zu tun sei, um die erneuten Sparvorgaben im Rahmen der Entlastungsprogramme durch Leistungsabbau der Armee zu realisieren. Nachdem über die Stossrichtung Relevantes im Voraus zu erfahren war – der frühere Planungschef der Armee, Divisionär Paul Müller, warnte Anfang Jahr in der Neuen Zürcher Zeitung unmissverständlich vor überstürzten Modifikationen der eben erst geborenen Armee XXI, die erst noch den Milizcharakter dieser Armee gefährden würden –, waren die Milizorganisationen in der Lage, auf die am 11. Mai gefassten Beschlüsse des Bundesrates rechtzeitig zu reagieren. Ja, es wurde auch vorsorglich gehandelt, ich zum Beispiel, beileibe nicht als Einziger, das sei unterstrichen, schleuderte den Verantwortlichen ins Gesicht, dass sie fährlässig seien und ihre Geringschätzung des Souveräns nicht einmal zu verbergen suchen würden («Zu Papier Tigern degradiert!», Schweizer Soldat, 4/05). Aber diese Kritik darf sich nicht darin erschöpfen, dass man seine Meinung sagt und damit basta. Es gilt, diese Abwertung unserer Armee zu einer botschaftsbewachenden und pistenstampfenden Hilfspolizei zu verhindern.

Denn darauf laufen die obgenannten Beschlüsse hinaus. Die für den

Kampf vorgesehenen Erdtruppen werden auf grob 4 Panzerbataillone, 4 Artillerieabteilungen und 7 Infanteriebataillone reduziert. In krassem Widerspruch zum Armeeleitbild von 2001, welches die Aufträge der Armee und deren Mittel definierte – «Der Auftrag Raumsicherung und Verteidigung hat für die Armee das grösste Gewicht!» – wird das Schergewicht plötzlich auf die «subsidiären Einsätze» sowie teilweise auf die Auslandseinsätze verlagert. Die Erklärung liegt im eindeutigen Versagen von Bund und Kantonen, ihrer Unfähigkeit, genügende Polizeikräfte zu unterhalten. Und ebenso im hartnäckigen Willen, bei der Armee weiter zu sparen. Der Bundesrat hat im letzten Jahr, ohne zu erröten, festgestellt: «Mit dem EP 04 geht eine namhafte Unterschreitung der bereits in der Botschaft zum EP 03 als untere finanzielle Schwelle für die Umsetzung der Armee XXI bezeichneten 4 Milliarden einher». Nochmals: Das ist nicht das Ergebnis eines wirtschaftlichen Erdbebens, sondern einer leichtfertigen Politik. Ein eigentlicher Ausverkauf der Armee ist im Gang, ihres Materials, ihrer Ausbildung und der Motivation der Truppe. Die Armee XXI wurde u.a. mit dem Argument «verkauft», eine Reserve werde die «Aufwuchsfähigkeit» im Bedarfsfall sicherstellen. Aber diese wird ausgehungert, ohne modernes Material oder nur mit der persönlichen Waffe ausgerüstet, so dass man befürchten muss, dass sie früher oder später abgeschafft wird. Wieso das nicht schon jetzt geschieht? Weil man eine Revision des Militärgesetzes scheut, die dem Referendum unterläge. Das ist Armeeausschaffung in Raten, plumpe Irreführung des Volkes und der Armeeingehörigen. Ernster Widerstand drängt sich auf.

Einseitige Einführung des CASSIS-DE-DIJON-PRINZIPS

VON NATIONALRAT
HANS KAUFMANN, WETTSWIL (ZH)

Mehr Wettbewerb und Preissenkungen auf breiter Front fordern linke und bürgerliche Kreise. Die Schweiz müsse als Hochpreisland die Preise senken, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Am 4. Mai sprach sich auch der Bundesrat für eine Beseitigung bestehender und ein Verhindern neuer technischer Handelshemmnisse aus. Gemeint ist damit eine einseitige Übernahme des vom Europäischen Gerichtshof und der EU-Kommission entwickelte Cassis-de-Dijon-Prinzips. Dieses besagt, dass aus einem anderen Mitgliedstaat importierte Produkte, die nach den nationalen Vorschriften des Exportlandes hergestellt wurden, grundsätzlich überall in der EG in Verkehr gesetzt werden dürfen und Beschränkungen nur zulässig sind, soweit sie aus übergeordneten öffentlichen Interessen wie beispielsweise dem Schutz der Gesundheit, dem Schutz von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr oder dem Schutz der Konsumenten zwingend erforderlich sind. Im Ständerat wurde am 1. Juni 2005 eine entsprechende Motion von Hans Hess (FDP/OW) oppositionslos überwiesen. Diese hat einen Abbau der technischen Hindernisse zum Ziel. Sie verlangt, dass grundsätzlich sämtliche in der EU zugelassenen Produkte auch in die Schweiz importiert werden dürfen. Unterstützt wurde diese Motion auch von der SP-Konsumentenschützerin Simonetta Sommaruga. Im Visier der Preissenker stehen dabei unsere Landwirtschaft, aber auch Markenartikelproduzenten und -importeure. Die Nahrungsmittel machen heute noch 11,4% des Warenkorb aus, der dem Konsumentenpreisindex zugrunde liegt. Diese Gewichtung wurde letztmals im Dezember 2004 angepasst, womit sie den heute aktuellen Konsum der Bevölkerung reflektiert. Gemäss der soeben publizierten Einkommens- und Verbrauchserhebung 2003 des Bundesamtes für Statistik entfallen sogar nur noch 8,1% der Haushaltsausgaben auf Nahrungsmittel. Wenn die Preise der Landwirtschaftsprodukte um rund 30% gesenkt werden, dann ergeben sich einige negative Konsequenzen, die

vorab jene Kreise treffen werden, die diese Preisnachlässe heute fordern. Bei einer Gewichtung von 11,4% der Nahrungsmittel würde ein Preisfall von 30% eine Deflation (negative Teuerung) von 3,4% verursachen. Wenn man zudem von Preisreduktionen um 15% auf weitere Konsumgüter wie Bekleidung und Schuhe, Hausrat, Fahrzeuge, Konsumelektronik, Sportartikel, Medikamente, Körperpflegemittel etc. ausdehnt, dann addiert sich die Deflation auf rund 8%. Da in der Schweizer Wirtschaft und Politik sehr viele Verknüpfungen mit dem Index der Konsumentenpreise bestehen, könnten derart grosse Preissenkungen eine negative Kettenreaktion auslösen.

Indexierungen findet man vor allem bei den Löhnen, die in vielen Branchen von einem jährlichen Teuerungsausgleich profitieren. Wenn zum Beispiel die Löhne des Bundespersonals um 8% gesenkt würden, dann bedeutete dies für den Bundeshaushalt eine Entlastung von rund CHF 300 Mio. Die Anpassung der AHV-Renten basiert auf dem Mischindex, d.h. aus dem Index, dem die Löhne und Konsumentenpreise zu je 50% zugrunde liegen. Eine Senkung der AHV-Renten um 8% ergäbe beim heutigen Renten-volumen von CHF 29,5 Mrd. eine Entlastung um CHF 2,4 Mrd. Entlastungen sind für den Bund denn auch dringend notwendig, denn bei Preissenkungen im geschilderten Ausmass würden auch die Mehrwertsteuereinnahmen um rund CHF 1,4 Mrd. reduziert. Sinkende Löhne bedeuten sinkende Steuererträge. Die Preissenkungen werden die Unternehmensgewinne schmälern und damit dürften auch die Steuererträge aus dieser Quelle abnehmen. Das nominelle BIP würde logischerweise ebenfalls schrumpfen, was die Beiträge der Schweiz an die internationalen Organisationen wie die UNO etc., aber auch für die Entwicklungshilfe reduzieren wird, da diese Beiträge oder Zielsetzungen an das nominelle BIP gekoppelt sind. Eine Deflation würde zwar die Zinsen tief halten, aber die dadurch verursachten Ertragsausfälle für die Pensionskassen und Versicherungen werden möglicherweise zu Prämien erhöhungen zwingen. Nicht alle Preise wer-

den fallen, insbesondere dürften die staatlich regulierten Preise wie die Krankenkassenprämien etc., aber auch die Mieten kaum sinken. Die Mieter zählen somit zu den Verlierern. Aber auch die Privatwirtschaft wird im Vergleich zum Staat den Kürzeren ziehen, denn die nicht dem Wettbewerb ausgesetzten staatlichen Gebühren und Abgaben werden kaum reduziert werden.

Wie verheerend sich eine Deflation auswirken kann, zeigt Japan, das 2004 das siebte Jahr mit rückläufigen Preisen (1997-2004: Produzenten -12,5%, Konsumenten -2,9%) erlebte. Die Löhne sanken in der gleichen Zeit um 9,7%, die Arbeitslosigkeit nahm von 3,5% bis Ende 2004 auf 4,4% zu und insgesamt gingen 2,5 Mio. Arbeitsplätze verloren. Trotz extrem tiefen Zinsen und jährlichen Staatsdefiziten von 6-8% des BIP stellte sich das reale Wirtschaftswachstum 1998-2004 auf nur 5,1% bzw. 0,7% pro Jahr.

Eine Übernahme des Cassis-de-Dijon-Prinzips durch die Schweiz, das Vordringen der deutschen Billiganbieter Aldi und Lidl, der Zollabbau im Landwirtschaftsbereich oder das revidierte Kartellgesetz etc. werden Preissenkungen auch in der Schweiz erzwingen, aber nicht alle, die heute davon zu profitieren hoffen, werden dannzumal zu den Gewinnern zählen. Dies hat auch Uni-Ökonom Hans Baumann mit seiner Aussage, dass «mit dem Preisdruck auch immer der Lohndruck steige», erkannt. Er steht damit allerdings im krassen Gegensatz zum Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Serge Gailard, der immer noch glaubt, dass die hohen Preise in der Schweiz ohne Lohnreduktionen gesenkt werden könnten.

Die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips wirft zahlreiche Probleme auf. Die gesetzliche Anerkennung der in der EU geltenden technischen Normen würde zwar zu deren Geltung in der Schweiz führen, jedoch hätten sie keinen Vorrang. Sie träten neben Schweizer Recht und könnten jederzeit von der EU abgeändert werden. Wie sollen da Schweizer Richter im Streitfall Recht sprechen? Eine einseitige Anerkennung der EU-Normen ist

auch deshalb problematisch, weil die Schweizer Unternehmen ihrerseits ihre Absatzchancen nicht durch einen rechtlichen Anspruch auf Zugang zum EU-Markt wahrnehmen können. Es ist unverantwortlich, eine einseitige Marktöffnung zu verlangen, ohne unserer eigenen Wirtschaft

entsprechende Ausfuhrchancen als Kompensation bieten zu können. Wen wundert es, dass Bundesrat Deiss angesichts der zunehmenden Kritik nun teilweise wieder zurückkriecht und mangels Reziprozität vor «Eigengoals» warnt. Aber selbstverständlich können all diese Pro-

bleme mit einem EU-Beitritt gelöst werden, denn: «die EU werde keine Hand zu einer gegenseitigen Anerkennung bieten, solange die Schweiz nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum beitrete».

... 3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. «Die Schweiz braucht einen Turnaround»
2. Stopp der steigenden Staatsquote! Gute Leistung, Wettbewerb und günstige Rahmenbedingungen können die Schweiz vorwärts bringen.
3. Es gilt, gegen die Armeeabschaffung in Raten Widerstand zu leisten. Die Abwertung unserer Armee zu einer botschaftsbewachenden und pistenstampfenden Hilfspolizei ist zu verhindern.

und ... 3 dringende Hinweise

1. 24. Juli 2005, 11.15 Uhr Rütliwiese: Gedenktag 65 Jahre Rütli-Report, Ansprache von Bundesrat Dr. Christoph Blocher. (siehe Beilage)
2. CH365: Auf den Spuren des weissen Goldes. Besichtigung der mines de sel (Salzminen) de Bex (VD), Freitag, 30. September 2005. (Bitte Termin reservieren)
3. CH365: 13. August 2005, Interlaken: Gedenktag 60 Jahre Kriegsende. Vortrag von Dr. Stüssi-Lauterburg. Bitte sofort anmelden! (siehe Beilage)

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

5.05

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt (FDP)
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (JSVP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 24.6.2005

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch